

NSU-Untersuchungsausschüsse – Schlampereien rehabilitieren unseren Verfassungsschutz..... 2
 Vorträge & Diskussionen
 - Der Kampf der Euro-Staaten um ihren Nationalkredit..... 3

VORTRAG & DISKUSSION

Referent: Jonas Köper, Redaktion GegenStandpunkt

Betreuer Bürgerkrieg gegen SYRIEN, Kriegsdrohung gegen IRAN

Wie die USA in Nahost ihre Führung und ihren Weltfrieden voranbringen

Frankfurt Mittwoch, 14. November 2012, Beginn: 19 Uhr
 Saalbau Bockenheim, Schwälmer Str. 28 (Kurfürstenplatz)
Marburg Donnerstag, 15. November 2012, Beginn: 20 Uhr
 Kulturladen KFZ, Schulstr.6

Eintritt frei

In Syrien kämpfen Regierung und Oppositionelle um das Gewaltmonopol im Staate; Bürgerkrieg heißt das auch. Hiesige Politik und Öffentlichkeit stellen gleich klar, dass „wir“ da Partei ergreifen müssen; und auch gleich für und gegen wen: Die Aufständischen sind die Guten, weil „zivile Opfer“ von Assad, seiner Regierung und seinem Militär; letztere sind die Bösen. Im Namen der „Opfer“ Partei zu ergreifen gegen Syriens Regierung ist hierzulande seither üblich – aber unredlich. Denn wenn sich die Parteien im syrischen Bürgerkrieg an etwas nicht unterscheiden lassen, dann daran, dass sie Opfer produzieren. Das tun sie alle. Allenfalls unterscheiden sie sich dabei an der Durchschlagskraft ihrer Waffen – bislang jedenfalls. Aber vielleicht ist es ja so, dass es vielen Freunden syrischer Witwen und Waisen auf gar nichts anderes ankommt, als für eine Wende im militärischen Kräfteverhältnis in Syrien zu sorgen? Dass sie das Feindbild von Assad und seiner Herrschaft deswegen pflegen, weil sie beschlossen haben, von außen in den innersyrischen Machtkampf einzugreifen, und zwar an entscheidender Stelle?

Neben der Gruselmeldung des Tages informieren die Medien ganz ungeniert, welche großen und kleineren auswärtigen Mächte am syrischen Bürgerkrieg welche Interessen haben und verfolgen und längst auch am Kampf beteiligt sind: Die USA und Israel wollen das Ende von „Assads Syrien“, das sich ihnen in der für die berufenen Weltaufseher so wichtigen Weltgegend Naher Osten entgegenstellt; das mit dem Iran bündelt und auch in Libanon und Gaza vom Westen angefeindete Bündnispartner hat. Saudi-Arabien und die Golf-Emirate bauen sich mit Propaganda und Waffen für Assads Gegner als arabische Gegenmacht gegen Iran auf. Russland hat ein weltpolitisches Interesse am Stützpunkt Syrien und insofern am traditionellen Waffenbruder Assad... So wird der westliche Zeitungsleser herangeführt an die machtpolitischen und militärischen Strategien, für die der Bürgerkrieg gut oder schädlich ist; inzwischen macht das Stichwort vom „Stellvertreterkrieg“ die Runde, der in Syrien ausgefochten wird. Allerdings soll der hiesige Betrachter dieser Szenerie seine Urteilsbildung nicht etwa in dem Sinne weiterführen, sich einmal Rechenschaft abzulegen über die weltherrschaftliche Qualität jener Interessen, die sich anmaßen, über innere und äußere Gewalttaten in jedweder Weltgegend das letzte Wort zu behalten. Vielmehr soll das interessierte Publikum, mit solidem Feindbild ausgestattet, denken: Es gehe um „Schutz der Zivilbevölkerung“ - und, was offenbar dasselbe sein soll, es sei das höchste „Recht“ der USA und ihrer Bündnispartner, das syrische Gemetzel und alle beteiligten auswärtigen Parteien unter ihre Oberhoheit zu nehmen und in ihrem Sinn gegen Assad zu Ende zu bringen; es sei

– das ist das Spiegelbild der hohen Meinung von den USA - eine „Schande“, wenn Staaten wie Russland und China den Bürgerkrieg auf andere Art zu Ende bringen wollen und auch das UNO-Recht anders auslegen.

Syriens Nachbar und Bündnispartner Iran betreibt ein umfassendes Atomprogramm und macht daraus kein Geheimnis. Im Gegenteil, Iran beansprucht lauthals sein internationales Recht darauf aus seiner Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag. Die USA, ihr Waffenbruder Israel und die NATO-Partner brandmarken das als „Griff zur Bombe“, mit dem sich Iran zur „Bedrohung für den Frieden in der Staatenwelt“ mache; in der schieren Möglichkeit einer Nuklearbewaffnung des Iran sehen sie jede Menge „roter Linien überschritten“. Das verlangt im Denken bei den westlichen Bürgern ein klares Feindbild: Während beim Iran die atomtechnologische Fähigkeit zum Bombenbau den unerträglichen Kriegswillen beweisen soll, stehen den USA und ihren Partnern, die Atomtechnik und Atomwaffen haben und letztere in heißen und kalten Kriegen einsetzen, diese Macht und ihr Einsatz ganz fraglos zu.

Die Macht, die aus einem Atomprogramm überhaupt und aus Atomwaffen im Besonderen für Staaten erwächst, und ihr Einsatz wird dem Zeitgenossen durchaus erläutert. Dass Atomtechnologie die Nation in ihrer Energiebasis unerschöpfbar macht gegenüber „dem Ausland“, dass die Beherrschung des Urananreicherns für Reaktoren an die Schwelle der Befähigung zum Bombenbau heranführt; dass die Atomwaffe eine für mögliche Gegner unberechenbare Vernichtungsdrohung und daher „Existenzgarantie der Nation“ bei ihren feindseligen Auseinandersetzungen mit anderen Staaten ist: Davor soll sich der westliche Bürger beim Iran ja so fürchten – und dasselbe bei den USA, Israel und den NATOStaaten begrüßen.

Die USA legen sich weltöffentlich darauf fest, mit ihrer Macht „Iran daran zu hindern, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen“ (Obama). Sie sind längst zur Tat geschritten: Ein nach US-Ermessen möglichst weltweites Boykottregime, die ökonomische Strangulierung Irans, Ausspähung und Gefechtsvorbereitung mit Drohnen, Cyberkrieg, Liquidation von Atomfunktionären und Sprengungen von Militäranlagen im Iran, flankiert von einem kriegstüchtigen US-Militäraufmarsch: Mit all diesen Maßnahmen legen seine Gegner dem Iran die Frage vor: Sich-Beugen oder Krieg. Woran dem westlichen Zeitgenossen nach Rat seiner besorgten „Sicherheitsexperten“ wieder nur eins durch den Kopf gehen soll: Man stelle sich vor, die Mullahs hätten schon die Bombe – das Dasein wäre unerträglich...

► Fortsetzung Seite 2

Bundespräsident und Verteidigungsminister mahnen ihr Volk:

Töten und Sterben für Deutschland – eine zweifellos ehrenwerte Sache!

Als hätten sich Verteidigungsminister De Maizière und Bundespräsident Gauck abgesprochen, nehmen beide kurz hintereinander die Gelegenheit wahr, ihre Gesellschaft mahnend an die Ehrbarkeit des Soldatenberufs zu erinnern. Ihrer Meinung nach pflegen die Deutschen nämlich eine geistige Distanz zu ihren Soldaten, ein „Nicht-Wissen-Wollen“ (Gauck), das nicht akzeptabel ist, weil es die Wertschätzung vermissen lässt, die dieser Berufsstand verdient hat. Die Erläuterung, warum man den Hut vor deutscher Militärgewalt zu ziehen hat, bleiben beide nicht schuldig. So Gauck in seiner Rede vor der Bundeswehr (12.06.12):

„Soldaten und Militär – das war mir in den ersten fünf Jahrzehnten meines Lebens allgegenwärtig. Es sind keine guten Gefühle, ... wenn ich mich erinnere an die Aufmärsche, an die Militarisierung der Schulen, an die Erziehung zum Hass, an die Ablehnung eines Zivildienstes durch Partei und Staat, an die militärische ‚Absicherung‘ einer unmenschlichen Grenze. ... Ich habe das Militärische also kennengelernt als eine ... Begrenzung der Freiheit. Und nun stehe ich ... vor der Bundeswehr, zu der ich seit 22 Jahren auch ‚meine Armee‘ sagen kann. ... Diese Bundeswehr ist keine Begrenzung der Freiheit, sie ist eine Stütze unserer Freiheit. Welch ein Glück, dass es gelungen ist, ... in diesem Land eine solche Armee zu schaffen: eine Armee des Volkes, im besten, eigentlichen Sinne, ... an demokratische Werte gebunden, an Grundgesetz und Soldatengesetz; eine Armee unter Befehlsgewalt eines Zivilisten, rekrutiert aus eigenverantwortlichen Bürgern und heute auch Bürgerinnen, die zu kritischen Geistern gebildet werden ...“

Die Stellung des Bundespräsidenten zum staatlich organisierten Instrument der Gewaltausübung gründet ganz in seiner Parteilichkeit für oder gegen das Staatswesen, das es einsetzt. Sein Hass auf die ehemalige DDR begründet seine „unguten“ Gefühle gegen die Volksarmee als einer unmenschliche Gewalt- und Unterdrückungsmaschinerie, die wiederum jeden Abscheu gegen den Staat, der sie kommandiert, rechtfertigt und bestätigt. Im geschätzten Deutschland hingegen ist die Armee das schiere Gegenteil ihres Pendantes im ehemaligen Feindstaat, näm-

Deutschland und seine Armee:

Ein unwidersprechlich gutes Entsprechungsverhältnis.

lich eine höchsten Werten verpflichtete, „freiheitliche“ Bereicherung der Menschheit, also eine grundsätzlich gute und erhabene Sache, die sich durch „demokratische Werte“ auszeichnet, vom „Zivilisten“ an der Spitze, der das Töten und Sterben im Einklang mit „Grundgesetz und Soldatengesetz“ befiehlt, bis hinunter zum „eigenverantwortlichen“ und „kritischen“ Fußsoldaten, der gehorcht. Eine dermaßen herrliche Truppe gereicht natürlich wiederum dem Staatswesen, in

dem sie beheimatet ist, zu allen Ehren. So zirkulär bestätigen sich im jeweiligen Fall das Urteil über den Staat und sein militärisches Instrument, nach dem schlichten Strickmuster, dass sich das Staatsoberhaupt die passenden Belege für seinen parteilichen Standpunkt schafft.

Der hochgelobten „Zivilgesellschaft“ mit ihren demokratischen Institutionen, die den einzigartig freiheitlichen Charakter der Bundeswehr verbürgen, kann der Bundespräsident allerdings den Vorwurf nicht ersparen, dass von der Opferbereitschaft und Einsatzfreude ihrer Soldaten für die Gemeinschaft ein schlechtes Licht auf sie fällt. Dabei bleibt allerdings von den herausragenden Eigenschaften der Truppe, mit denen Gauck eben noch ihre unendliche Überlegenheit gegenüber den Kriegshandwerkern der DDR bebildert hat, herzlich wenig übrig. Denn ein leuchtendes Vorbild für das zivile Leben ist die Bundeswehr gerade nicht aufgrund der hochgelobten erdemokratischen Unterschiede zur Volksarmee der DDR. Was Gauck an der vollen Abscheu geißelt, zeichnet die demokratische Wehrmacht vor allem anderen aus – sie ist der perfekt organisierte Gewaltapparat, deren Mitglieder in ihrem Gehorsam die unbedingte Aufopferung im Dienst der Nation verkörpern:

„Freiheit ist ohne Verantwortung nicht zu haben. Für Sie, liebe Soldatinnen und Soldaten, ist diese Haltung selbstverständlich. Ist sie es auch in unserer Gesellschaft? ... Manche verwechseln Freiheit mit Gedankenlosigkeit, Gleichgültigkeit und Hedonismus. ... Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz erfordert ... und manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben. Diese Bereitschaft zur Hingabe ist selten geworden... Hier, in der Bundeswehr, treffe ich auf Menschen mit der Bereitschaft, sich für etwas einzusetzen – gewissermaßen auf ‚Mutbürger in Uniform!‘ ... Für solche Menschen hat das Wort ‚dienen‘ keinen altmodischen Klang, es ist Teil ihres Lebens...“

► Fortsetzung Seite 2

VORTRAG & DISKUSSION

Einwände gegen die Politik des Blockupy-Bündnisses

Widerstand gegen Verarmung – für einen sozialeren und demokratischeren Kapitalismus?

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheim (Eingang links neben dem Café KOZ), Raum K2 (1. Stock)
Zeit Montag, 5. November 2012, Beginn: 19 Uhr

Eintritt frei!

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation dahin ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet.

Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig. Nur wie?

► Fortsetzung Seite 3

„Bundeswehr“ - Fortsetzung von Seite 1 ►

Wo er eben noch die „Militarisierung“ einer Gesellschaft durch ihre Obrigkeit auf den Tod nicht ausstehen konnte, fällt dem Bundespräsidenten im nächsten Schritt ein, dass die deutsche Zivilgesellschaft nach seinem Geschmack viel zu wenig soldatische Tugenden verinnerlicht hat. Das Dienstverhältnis von Befehl und Gehorsam

Davon kann die Zivilgesellschaft vor allem eines lernen: Dienstbereitschaft und Pflichterfüllung.

stilisiert Gauck zur vornehmsten Tugend und beispielhaften Verwirklichung der Freiheit verantwortungsbewusster Staatsbürger, die er der Gesellschaft als Vorbild verordnet. Er feiert den Berufsstand, in dem der Wille des Individuums außer in der Unterordnung unter die Pflicht nichts verloren hat, als die höchste Form, in der es freiwillig im Einsatz für die Gemeinschaft und den Staat aufgeht. Daran gemessen findet Gauck in seiner Gesellschaft an allen Ecken und Enden schäbigsten Materialismus vor – auch der deutlich überzeichnet, weil so verwerflich. Damit vertritt er nicht weniger als die *Grundwahrheit* über das Verhältnis von Staat und Bürger, nämlich welchen *Anspruch* eine Staatsgewalt auf das gesamte Leben ihrer Menschen hat und praktiziert: Vor allem Eigennutz steht der Bürger im Dienst seiner Nation, seiner freiheitlich-demokratischen Existenzbedingung, bis in den Tod hinein – das ist die Prämisse und die nicht geringe Nebenkost allen zivilen Lebens in einem Staat der „Freiheit“. Der geht erklärtermaßen über die Leichen seiner und fremder Bürger – was in diesem Fall überhaupt nicht gegen den Staat spricht. Umgekehrt: Die „Hingabe“ und „Bereitschaft“, mit der sich die „Mutbürger“ selbstlos für die Kriegseinsätze ihrer Obrigkeit hergeben, adelt das blutige Handwerk – und damit die Staatsgewalt, die es organisiert.

Der Bundesverteidigungsminister lässt sein Staatsoberhaupt beim Kampf an der Meinungsfrente gegen „Gleichgültigkeit“ und „Gedankenlosigkeit“ nicht allein. In Günther Jauchs Sonntag-Abend-Talkrunde zum Thema „Trauma Afghanistan – welche Spuren hinterlässt der Krieg?“ (10.06.12) tritt auch De Maizièr für die rechte Wertschätzung des Soldatenberufs ein:

„Der heutige Abend leistet hoffentlich einen Beitrag zu der gesellschaftlichen Anerkennung, der öffentlichen Wertschätzung und der Würdigung

dessen, was die Soldaten hier tun. Das tun sie ja nicht für sich, das tun sie auch nicht für mich, sondern das tun sie für unser Land. ... Wenn Soldaten für unser Land notfalls ihr Leben einsetzen und unser Land verteidigen, dann haben diese Soldaten auch Anspruch darauf, dass das Land sie verteidigt, unabhängig davon, wie man zum Afghanistan-Einsatz steht. Ich bin auch grundsätzlich gegen Krieg... Ich habe das Konzept der Sendung so verstanden, dass wir differenzieren wollen. Über den Afghanistan-Einsatz diskutieren wir gerne, auch gerne hier oder ein anderes Mal. Aber davon zu trennen ist, was unsere Soldaten leisten, in unserem Namen. ... Und die Kraft muss eine Gesellschaft haben: zu differenzieren. Jawohl, das sehen wir politisch pro oder contra, aber zu unseren Soldaten stehen wir alle. Das wäre mein Wunsch.“

Ein berechnendes Zugeständnis, das der Verteidigungsminister da macht, der selbst „grundsätzlich gegen“ jeden Krieg ist, den er nicht führt: Man darf gegen deutsche Kriegseinsätze sein, wenn man umso parteilicher für die Soldaten ist, die diese Kriege durchführen. Man darf die deutsche Afghanistan-Politik falsch finden, wenn man nur das soldatische Opfer im Namen der Nation, die diese Politik veranstaltet, bedingungslos in Ehren hält.

So besehen zieht sich jeder Kriegskritiker einen schwerwiegenden Verdacht zu, den er auszuräumen hat. Er muss sich nämlich fragen lassen, ob seine kritische Sichtweise nicht die „Differenzierung“ schuldig bleibt, die verlangt ist – und deshalb eine fraglos gute Sache in den Schmutz zieht. Das heilige Opfer des Soldaten fürs Vaterland *verbieht* eben jede Kritik, die auf diese Sache ein schlechtes Licht zu werfen droht.

Die Ehrerbietung vor dem Soldatenhandwerk gebietet auch die Verneigung vor dem Veteranen, der seinen Dienst praktisch unter Beweis gestellt hat. Auch hier klafft noch eine schmerzliche Lücke: Jahrzehntlang durfte dem unbekanntem deutschen Soldaten diese Ehrerbietung nur etwas verschämt-versteckt auf dem Niveau von Friedhofsmahnmalen entgegenge-

Veteranen müssen wieder Vorbilder sein: Raus aus der verschämt-versteckten Friedhofsecke!

bracht werden, da ihn sein letzter großräumiger Diensteinsatz fürs nationalsozialistische Vaterland weltweit so eindrücklich bekannt gemacht hatte, dass dem Nachfolgestaat der allzu öffent-

farbeROT hat eine neue Homepage (www.farberot.de)

- Audioarchiv mit Mitschnitten unserer Vortragsveranstaltungen und Radio-sendungen im mp3-Format.
- Textarchiv mit Artikeln zu Kapital, Staat, Imperialismus und Wissenschaft; sowie allen Ausgaben der *farbeROT*-Zeitung und Flugblättern.



- Aktuelle Informationen zu allen von uns angebotenen und empfohlenen Diskussionsterminen, Lesekreisen und Vortragsveranstaltungen.

farbeROT Abweichende Argumente
Frankfurt am Main

[Startseite](#) [Vorträge](#) [Jour Fixe](#) [Kapital-Lesekreis](#) [Audio](#) [Texte](#) [Kontakt](#) [Links](#)

VORTRAG & DISKUSSION

Einwände gegen die Politik des Blockupy-Bündnisses
Widerstand gegen Verarmung – für einen sozialeren und demokratischeren Kapitalismus?

Der Vortrag findet statt am **Montag, den 5. November 2012 um 19:00 Uhr im Café KOZ**. Der Eintritt ist frei.

Europa spart – am Lebensunterhalt seiner Bürger. Die demokratischen europäischen Regierungen machen das Leben ihrer Völker dafür haftbar, dass ihre Wirtschaft zu wenig wächst und die Kreditwürdigkeit ihrer Nation dahin ist. Deswegen haben die verantwortlichen Staatsführer ihren Bürgern ein gewaltiges soziales Abbruchprogramm verordnet.

Betroffene melden sich zu Wort und protestieren. Dass sie das tun, ist überfällig. Nur wie?

Die nächsten Veranstaltungen	Neues aus dem Bereich Audio
<p>Das Kapital – Lesekreis Ort: Studierendehaus Zeit: Mi., 24. Oktober um 19 Uhr</p>	<p>Vom kapitalistischen Charakter des geistigen Eigentums Vortrag, erschienen im August 2012.</p>
<p>Das Kapital – Lesekreis Ort: Studierendehaus Zeit: Mi., 31. Oktober um 19 Uhr</p>	<p>Winterkorns „17-Millionen-Gage“ Radio, erschienen im August 2012.</p>
<p>Vortrag Ort: Café KOZ Zeit: Mo., 5. November um 19 Uhr</p>	<p>Sarrazins neues Buch „Europa braucht den Euro nicht“ Radio, erschienen im August 2012.</p>

lich zelebrierte Stolz auf den Veteranen politisch nicht opportun erschien. Gottseidank ist diese unschöne Periode deutscher Vergangenheitsbewältigung nach öffentlichem Dafürhalten inzwischen abgeschlossen, deshalb möchte der Verteidigungsminister, „dass wir eine Veteranen-Politik in Deutschland entwickeln. Alle Nationen haben

das. Das ist keine Hurra-Veranstaltung, sondern die öffentliche Wertschätzung dessen, was Soldaten tun.“ Nichts ehrt den politischen Veranstalter von Kriegseinsätzen eindrucksvoller als seine Veranstaltungen zur öffentlichen Verehrung derer, die er an die Front schickt. ◀

NSU-Untersuchungsausschüsse – Schlampereien rehabilitieren unseren Verfassungsschutz

Drei parlamentarische Untersuchungsausschüsse und zahllose Journalisten beschäftigen sich mit der Frage, wie es zu erklären ist, dass 36 deutsche Schnüffel- und Ermittlungsbehörden nicht in der Lage waren, die NSU-Morde aufzudecken, geschweige denn zu verhindern. Erschreckt stellt man quer durch die Parteien fest, dass da ideologische Nähe und Kumpagnei zwischen Vertretern der Behörden und der

Neonazi-Szene bis ins Umfeld des Terror-Trios existiert haben müssen:

„Gleich nach dem Auffliegen der Zwickauer NSU-Zelle drängte sich die Frage auf, ob es so etwas wie eine ‚braune Staatsaffäre‘ gebe, ein klammheimliches Zusammenwirken, eine ideologische Sympathie, eine hilfreiche Nähe von Rechts-extremisten und Verfassungsschützern, vielleicht

auch nur ein schützendes Wegsehen von Ermittlern im Nazi-Sumpf ... Nur weil sich ein Fehler eventuell auch als Dusselie deuten lässt, dürfen

nur an manche von denen. Der Unterschied ist nicht so groß, dass sie das nicht gesetzeskonforme Vorgehen der Rechtsradikalen bei ihrer Sorte

Untersuchungsausschüsse sind dazu da, Vertrauen in die Sicherheitsorgane wiederherzustellen.

die Ermittlungen nicht enden. In jedem einzelndem Fall muss ausgeschlossen werden, dass es unzulässige Verbindungen der Sicherheitsbehörden in die Neonazi-Szene gegeben hat. Es darf nicht einmal der Schatten eines Verdachts bleiben. Dafür steht zu viel auf dem Spiel: nicht weniger nämlich als das Zutrauen zu den Sicherheitsbehörden dieser Republik insgesamt.“ (Die ZEIT, 5.7.12)

In gleich vier starke Ausdrücke kleidet die ZEIT ihren Verdacht einer „braunen Staatsaffäre“: „klammheimliches Zusammenwirken“, „ideologische Sympathie“, „hilfreiche Nähe“, „schützendes Wegsehen“. Wer so

redet, geht davon aus, dass es eine Gesinnungsverwandtschaft zwischen Beobachtern und Beobachteten gibt und dass die Verfassungsschützer die Rechtsradikalen nicht als Staatsfeinde einordnen, die unbedingt fertig gemacht und weggeräumt gehören. Und so ganz unbekannt ist die Grundlage dieser geistigen Nähe ja auch nicht: Beobachtern und Beobachteten geht es um dieselbe Sache, nämlich um *Deutschland* und darum, es vor seinen Feinden zu *schützen*. Man weiß, dass die Rechtsradikalen bei dieser unbezweifelbar guten Sache zuerst und generell an Ausländer denken, die Verfassungsschützer aber

Schutz von Staat und Volk gleich für eine Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung hielten. Jedenfalls sind die bösen Buben, denen Deutschland immer nicht wehrhaft genug ist, für die professionellen Staatsschützer in ganz anderer Weise Objekt ihrer Aufmerksamkeit als linke Systemgegner oder radikale Moslems.

So klar der Verdacht der Vernetzung von Verfassungsschützern und Rechtsradikalen auf der Hand liegt, so klar ist auch, dass er ausgeräumt werden muss: Welches Licht würde das sonst auf Deutschland und seine Behörden? Klar ist darum, was herauszukommen hat, wenn sich Untersuchungsausschuss und Öffentlich-

Bei der „unglaublichen Kette von Fehlern“ kann es sich also nur um Schlampereien handeln.

keit an die Arbeit machen: „Das Zutrauen zu den Sicherheitsbehörden dieser Republik insgesamt“ muss wiederhergestellt werden. Die ZEIT mit ihrem vierfachen Verdacht besteht auf rücksichtsloser Aufklärung: Der Skandal darf nicht billig als „Dusselie“ verharmlost und vertuscht werden, alles muss auf den Tisch – und das für das vorweg feststehende Ziel, dass kein Raum für den bösen Verdacht bleiben darf:

► Fortsetzung Seite 3

VORTRAG & DISKUSSION

Betreuer Bürgerkrieg gegen SYRIEN, Kriegsdrohung gegen IRAN

Fortsetzung von Seite 1 ►

Diesen Feindbildern sollte man nicht auf den Leim gehen. Dagegen soll im Vortrag zur Sprache kommen, was am Doppelfall Syrien & Iran durchgeföhrt wird und die Feindschaften stiftet:

- Was ist für die USA im Nahen Osten an Syrien so *unerträglich*, dass es durch die Ruinierung der Herrschaft Assads bereinigt werden soll?
- Wie nehmen die USA *ihren Führungsanspruch* im Fall Syrien wahr? In welche Rolle versetzen sie damit Syriens Nachbarstaaten, ihre Nato-Partner inklusive Deutschland, Mächte wie Russland und China sowie die UNO samt ihrem Friedensplan?
- Worum geht es, wenn die USA nicht nur gegen Iran, sondern *an Iran exemplarisch* ein neues weltweites *Regime der Nichtverbreitung von Atomwaffen* durchfechten wollen, nach dem nur der Staat ein Recht auf „zivile Nutzung der Atomenergie“ hat, der den Verdacht des „militärischen Missbrauchs“ beweis- und tatkräftig widerlegen kann?
- Was ist das für ein Ansinnen der USA, andere Atomkräfte hätten - wenn sie sich „verantwortungsbewusst“ benehmen - die USA bei diesem Regime zu unterstützen?

VORTRAG & DISKUSSION

Referent: Rolf Röhrling, Redaktion GegenStandpunkt

Der Kampf der Euro-Staaten um ihren Nationalkredit: Die Krisenkonkurrenz der Euro-Partner tritt in ihr finales Stadium ein

Frankfurt Mittwoch, 12. Dezember 2012, Beginn: 19 Uhr
Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69

Marburg Donnerstag, 13. Dezember 2012, Beginn: 20 Uhr
Kulturladen KFZ, Schulstr.6

Eintritt frei!

Europas Politiker befassen sich mittlerweile in aller Öffentlichkeit sehr fundamentalistisch mit dem problematischen Verhältnis zwischen gemeinschaftlicher Währung und nationaler Souveränität. Forderungen aus Deutschland und anderen solventen Nationen nach viel mehr Finanzdisziplin in den Pleitestaaten werden inzwischen von einigen Politikern mit Drohungen mit einem Rausschmiss aus der Euro-Zone begleitet. Umgekehrt begleiten die Krisenländer ihre immer dringlichere Forderung nach wirksamer Unterstützung

für ihren Kampf gegen ruinöse Zinsen mit heftigen Beschwerden über nationalen Egoismus der bessergestellten Länder, der das Europa-Projekt insgesamt gefährdet. Die so vorwurfsvoll angesprochene deutsche Kanzlerin, aber verkündet mehr denn je ihre Entschlossenheit, Finanzhilfen nur unter der Bedingung weitgehender Beschränkungen der nationalen Haushaltsautonomie der Hilfeempfänger zu gewähren und deren Notlage für einen Umbau der Euro-Zone zu nutzen, der die Finanzen der Partner einem strengen Regime unterwirft.

Wenn man sich mit der Euro-Krise befasst, dann steht man vor einer Wahl:

Will man sich Sorgen um das Auseinanderbrechen der Euro-Zone machen bzw. fürchten/hoffen, dass die herrschenden Europapolitiker ihre Einigung auf ein neues Europa mit Aufgabe von nationaler Souveränität hinbekommen - oder sich erklären, was da in die Krise geraten ist und warum der Konkurrenzstandpunkt der Nationen zunehmend unvereinbar wird mit der Erhaltung des einheitlichen Euro-Geldes.

„NSU“ - Fortsetzung von Seite 2 ▶

„In jedem einzelnen Fall muss ausgeschlossen werden, dass es unzulässige Verbindungen der Sicherheitsbehörden in die Neonazi-Szene gegeben hat.“ Die Möglichkeit derartiger Verbindungen muss ins Auge gefasst werden, um sie auszuschließen. „In jedem einzelnen Fall“ ist dem Verdacht mit größter Akribie nachzugehen, denn nur die Sorgfalt der Nachforschung kann den glaubwürdigen Beweis liefern, dass nichts dran ist an der offensichtlichen Kumpagnei der beiden Sorten von Staatsschützern. Der Forschungsauftrag geht daher doch in Richtung Dussel. Wo Zweckmäßigkeit und böse Absicht durch konsequente Aufklärungsarbeit ausgeschlossen werden, bleibt eine zwar absolut „un glaubliche Kette von Fehlern, Patzern, Pannen“, aber eben auch nur die.

Dem widerspricht ein wenig die Masse der Fälle. Nicht wenige sehen den Verdacht nicht ausgeräumt, sondern eher bestätigt. Das geht gar nicht. Die Kritik wendet sich daher weg vom Skandal, hin zu denen, die ihn anprangern. Das kann im Ton des Verständnisses beginnen, nämlich in Form der Klage, wie schwer die Staatssicherheits-Behörde es den Zeitgenossen macht, in ihrem Treiben keine rechte Verschwörung zu sehen.

„Es kommen jede Woche neue Schlampereien ans Licht, Aktenlöschungen, unfähige Ermittler – manche können sich das alles nur noch durch eine große Verschwörung erklären.“ (SZ, 5.7.)

Als dann bekannt wird, dass Verfassungsschützer noch Tage nach der Entdeckung des Terror-Trios dieses und ihr Umfeld betreffende Akten vernichtet haben, rügt der „Ausschuss-Obmann der Union, Clemens Bieninger (CDU): Der Vorfall ‚sei nicht geeignet, Verschwörungstheorien den Boden zu entziehen.“ (ZEIT-Online, 29.6.)

Hier ist die Wende fertig: Der CDU-Mann greift ein Ereignis auf, das Absicht und gezielte Vertuschung beim Verfassungsschutz beweist, und beklagt sich, dass das nicht geeignet sei, die Absicht zu widerlegen. Für Leute aber, die dieses Faktum konstatieren und anprangern, hat der CDU-Mann das Etikett „Verschwörungs-

theoretiker“ parat, und schon sind die verurteilt, die das Offensichtliche feststellen. Noch mit dem Ton, das sei ja irgendwie naheliegend, sortiert er ihre Feststellung – es ist ja noch lange keine Theorie! – in die Klasse der nicht ernst zu nehmenden Wahngelüste von Leuten ein, die immer hinter den wirklichen Taten der Mächtigen geheime Machenschaften wittern, von denen niemand nichts weiß.

Damit ist der böse Verdacht aus der seriösen deutschen Öffentlichkeit exkommuniziert, und die Aufarbeiter können sich der ungeheuerlichen Unfähigkeit und den Fehlern der Behörde zuwenden, die ja jemand gemacht haben muss. Schuldige werden ausfindig gemacht und in einer unüblich radikalen Weise an den öffentlichen Pranger gestellt: Hauptfigur ist der seinerzeit zuständige Thüringer Verfassungsschutzpräsident Roewer, der mit jedem genüsslich ausgebreiteten Moment seiner bizarren Persönlichkeit Inkompetenz ausstrahlt: Er soll mit dem Fahrrad auf Behördengängen unterwegs gewesen sein, und das barfuß, mit dreckigen Füßen auf dem Schreibtisch usw. Quer durch die Presse wird ausgemalt, was für ein Trottel der Kerl ist: blauer Anzug, rote Schuhe und zum Fasching ein Ludendorff-Kostüm! Dass der sich auch noch als den einzigen fähigen Mann im Amt bezeichnet, beweist erst recht das Gegenteil. Die Konzentration auf diesen Behördenleiter macht so richtig verständlich, warum die Sicherheitsorgane so unverzeihlich lange im Dunkeln taptten.

Was anstehet und von der Presse kompromisslos eingefordert wird, ist ein umfassendes Aufräumen in dem Saustall: Köpfe

Wer das anders sieht, muss ein Verschwörungstheoretiker sein.

müssen rollen, neue Besen müssen kehren und überhaupt müssen die Dienste reformiert und reorganisiert werden: „Eine Modernisierung soll sicherstellen, dass beim Umgang mit Akten und Daten, aber auch mit V-Leuten, keine Fehler mehr passieren.“ (SZ, 11./12.8.)

VORTRAG & DISKUSSION

Einwände gegen die Politik des Blockupy-Bündnisses

Fortsetzung von Seite 1 ▶

„Widerstand tut not: Die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfond nutzt überall in Europa die Staatsschulden als Hebel, um radikale Kürzungen zu verordnen. Diese sind undemokratisch und unsozial.“ (Pressemitteilung Blockupy-Bündnis Frankfurt)

Der Entschlossenheit, mit der alle Regierungen in Europa ihre Staatshaushalte von allen „unproduktiven“ Kosten entlasten, also am Lebensunterhalt ihrer Völker sparen, lässt sich entnehmen, was die aktuellen Staatsnotwendigkeiten sind. Für diese Regierungen sind Spardiktate zur drastischen Verarmung ihrer Bevölkerung „alternativlos“. Das sollten die Protestierer einmal ernst nehmen. Für die Standortverwalter geht es ums Ganze: Die Rettung des Euro, die Sanierung des Staatshaushalts und die Gesundung der Marktwirtschaft, die den Insassen der Kapitalstandorte Europas als unabweisliches Lebensmittel vorgesetzt wird – das ist marktwirtschaftliche Staatsräson, und die ist nur durch eine durchgreifende Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung zu haben. Und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft. Das beweisen die Kürzungsorgien bei Renten, Gesundheit und überhaupt allen Bereichen, die den Lebensstandard der Leute ausmachen.

Blockupy-Anhänger meinen, all dies müsste gar nicht sein, wenn es in Europa wirklich demokratisch und sozial zugeht. Woher nehmen sie bloß ihre Gewissheit, dass hierzulande ein Rechtsanspruch gegen Verarmung existiert? Von den real existierenden europäischen Demokratien können sie das unmöglich herhaben.

Der Einwand von Blockupy gegen die von der Troika verordneten „radikalen Kürzungen“ lautet: „Sie verschärfen die Krise.“ (Pressemitteilung) Sie seien „ökonomisch unsinnig“ und würden „die Konjunktur abwürgen“; besser solle man „in Schuldenaudits die Rechtmäßigkeit der öffentlichen Schulden bewerten“ (Attac).

Soll man den Finanz- und Wirtschaftspolitikern wirklich schlechtes Management der Krise vorwerfen? Was wäre denn eines, das den Massen gut bekommt? Soll man sich im Ernst in die Logik der Verwalter von Kapitalstandorten hineindenken und mit den Staatsschuldenmanagern darum rechten, wie Staatshaushalte rechtlich einwandfrei zu sanieren und das Wachstum des Geldreichtums von Kapitalisten anzukurbeln wären? Wie Löhne so festzusetzen wären, dass sie den Geschäftemachern nicht bloß als stets zu senkender Kostenfaktor, sondern auch noch zur Versilberung ihrer Produkte dienen könnten? Soll man sich also den kapitalistischen Laden mit seinen unversöhnlichen Interessen - auf die spielen die Widerstandsparen von Blockupy ja jedenfalls noch an! - als ein Gemeinschaftswerk von Krisenbewältigern einbilden und sich sein gutes Gelingen zum

Anliegen machen?

Laut Blockupy-Bündnis steht „Demokratisierung“ vor allem der „Macht der Banken“ an: Die EZB ist „undemokratisch, weil ‚unabhängig‘, damit nicht demokratisch kontrolliert. Was wollen wir? Demokratisierung und Vergesellschaftung des Finanzsektors und Überwindung kapitalistischer Verhältnisse!“ (Blockupy-Präsentation). Und was folgt daraus? Wahl des EZB-Leitzinses durch das Volk? Oder wenigstens Wahl der Finanzfachleute, die den EZB-Leitzins festlegen, durch eine Europa-weite Asamblee? Wie hoch wäre denn bitteschön ein Zinssatz, der dem Wohlergehen des Volkes und den Geschäftsbedürfnissen verschiedener Kapitalisten-Abteilungen gleichermaßen dienlich ist? Für Leute aus dem Blockupy-Bündnis ist es anscheinend kinderleicht, sich das Verleihen und Ausleihen von Geld gegen Zins, also den Gegensatz von Gläubigern und Schuldern, als ein wirtschaftliches Gemeinschaftswerk vorzustellen. Jedenfalls dann, wenn ein paar Eingriffe von oben vorgenommen würden:

„Die Profiteure der Krise müssen endlich angemessen an ihren Kosten beteiligt werden. Die staatlichen Einnahmen müssen erhöht und Reichtum muss massiv umverteilt werden. Dazu brauchen wir eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen sowie eine Finanztransaktionssteuer, deren Erträge für Armutsbekämpfung, Klimaschutz oder globale soziale Mindeststandards eingesetzt werden.“ (Attac)

Offenbar ist im Blockupy-Spektrum die soziale Phantasie entschieden unterentwickelt. Denn unter der Parole „Überwindung kapitalistischer Verhältnisse!“ marschieren sämtliche Instanzen und Charaktermasken wieder auf, die schon in den schlechten alten Verhältnissen das Sagen haben und die all die aufgezählten Übel von A wie Armut bis Z wie Zerstörung der Natur verursachen. Vermögende z.B., denen Blockupy Vermögenssteuern verpassen will; oder die „Profiteure der Krise“, die es ja auch weiterhin geben muss, wenn sie „an ihren Kosten beteiligt werden“ sollen. Und auch die Armut und die globalen Sozialfälle halten diese Kapitalismuskritiker für eine bleibende Einrichtung, wenn sie per Besteuerung der Spekulanten (ja, auch die sollen ihren Beruf behalten) Mittel zur „Armutsbekämpfung und globale soziale Mindeststandards“ locker machen wollen. Für die Staatsgewalt hat das Kritikerbündnis auch eine -natürlich alternative- Verwendung: Die soll das „Raubtier“ im Kapitalismus, das sie statt des Kapitalismus für Krise und Volksverarmung verantwortlich macht, an die Kette legen. Und spätestens mit den Kontrollletis von Blockupy im eingebildeten Aufsichtsrat der Staaten über den globalen Kapitalismus wäre dann aus den national sortierten konkurrierenden Kapitalstandorten eine schöne Gemeinschaftsveranstaltung geworden, die statt der schlimmen lauter gute Werke tut.

Das ist die Therapie, die sich schlüssig aus der Diagnose ergibt und sie bekräftigt. Die „un glaubliche Kette von Fehlern“ kann nur durch eine Null-Fehler-Strategie und deren organisatorische Absicherung geheilt werden: „Fusion und Aufgabenbegrenzung der Landesämter für Verfassungsschutz ... Besserer Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden ... Risiken von V-Leuten begrenzen ... Stärkere Kontrolle durch das Parlament ... Einfluss des BKA ausweiten ... Mehr Rechte für den Generalbundesanwalt ... Die Ausbildung der Beamten verbessern.“ (SZ, 16.7.)

Da schau her, in der Liste der Reformvorschläge taucht „Die Ausbildung der Beamten verbessern“ auf. Die Reformen wollen die Köpfe der Mitarbeiter nicht ganz außer Acht lassen und meinen, dass auch die eine „Modernisierung“ nötig haben. So unausdenkbar ist die Vermutung einer geistigen Nähe der Verfassungsschützer zu

ihren rechten Observationsobjekten also doch nicht. Und wenn sie als Sorge ums Funktionieren der Dienste und nicht als Kritik an Staat und Nation vorgetragen wird, ist sie auch keine Verschwörungstheorie. Was stimmt also nicht mit Beamten, die für Ausländerhasser außerhalb ihres Dienstes gewisse Sympathien hegen? „Für die Opfer rassistischer Übergriffe fehlt es manchen Beamten offenbar an der nötigen Sensibilität und Vertrautheit im Umgang mit Einwanderern.“ (SZ, 16.7.) Die Beamten haben ein Defizit, sie sind die Ausländer noch nicht gewohnt und haben daher nicht das rechte Händchen für den Umgang mit ihnen. Das wird ab jetzt trainiert.

Falls an dem bösen Verdacht der ‚Blindheit‘ auf dem ‚rechten Auge‘ überhaupt etwas drangewesen sein sollte: So ist er jedenfalls gründlich beseitigt. ◀

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-12

Die EU und ihr neuer Störfall im Osten

Korruptionsbekämpfung, Krise und
„kalter Staatsstreich“ in Rumänien

Die Krisenkonkurrenz der Euro-Partner tritt in ihr finales Stadium ein

Nach 5 Jahren Finanzkrise und intensiver weltweiter Krisenbewältigungspolitik werden zwischen den Euro-Partnern die kritischen Töne zusehends rauer. Forderungen aus Deutschland und anderen solventen Nationen nach viel mehr Finanzdisziplin in den „Pleitestaaten“ werden inzwischen von einigen Politikern mit Drohungen mit einem Rausschmiss aus der Euro-Zone begleitet. Umgekehrt begleiten die Krisenländer ihre immer dringlichere Forderung nach wirksamer Unterstützung für ihren Kampf gegen ruinöse Zinsen mit heftigen Beschwerden über nationalen Egoismus der bessergestellten Länder, der das Europa-Projekt insgesamt gefährde. Die so vorwurfsvoll angesprochene deutsche Kanzlerin, „aber“ verkündet mehr denn je ihre Entschlossenheit, Finanzhilfen nur unter der Bedingung weitgehender Beschränkungen der nationalen Haushaltsautonomie der Hilfspfänger zu gewähren und deren Notlage für einen „Umbau“ der Euro-Zone zu nutzen, der die Finanzen der Partner einem strengen Regime unterwirft. Und so weiter...

Europas Politiker befassen sich also mittlerweile in aller Öffentlichkeit sehr fundamentalistisch mit dem problematischen Verhältnis zwischen *gemeinschaftlicher Währung* und *nationaler Souveränität*. Sie streiten mit zunehmender Erbitterung nicht um gegensätzliche Lösungen für Europas Krisenlage, sondern um gegensätzliche Definitionen der Probleme, die zur Lösung anstehen. Auf ihre Tagesordnung setzen sie damit die nächste Eskalation ihrer Krisenkonkurrenz: Die Krisenpolitik der Euro-Macher ist beim definitiven Widerspruch zwischen *Konkurrenz der Nationen* und *Euro-Kredit* angelangt.

Syrien

Die deutschen und anderen Bürger in den Staaten des Westens werden, wie es sich in Demokratien gehört, bei „unserem“ Engagement in Sachen Syrien von ihren Medien mitgenommen, d.h. mit Kriegspropaganda versorgt, damit sie verstehen, welche Seite „unsere“ Unterstützung und welche Seite den Tod verdient. Mit vorweg feststehender Parteilichkeit werden die Bilder und Geschichten ausgesucht. Der Zeitungsleser wird eingeladen, gut und böse zu unterscheiden, wenn „weit hinten in Arabien die Völker aufeinander schlagen“. Die „Arabellion“ heißt es, hat Syrien erfasst. Schon die Nennung dieses Geistersubjekts, liefert alles Nötige zum Verständnis der Ereignisse. Denn damit steht fest, dass die Herrschaft, gegen die von Teilen der Gesellschaft rebelliert wird, ihren Sturz verdient, die rebellierenden Kräfte dagegen jede Unterstützung, und dass es in die Verantwortung des Westens fällt, dafür zu sorgen, dass Assad fällt, dass man als Deutscher, Europäer, Westler also einer zum Eingreifen befugten Kriegspartei angehört. *Wen* der syrische Staatspräsident *womit und bei* überhaupt stört, dass man ihn gewaltsam erledigen muss, und was „uns“ das alles *angeht*, braucht der deutsche Leser dabei gar nicht zu wissen. Sollte er aber.

Das Verlagsprogramm und weitere Artikel stehen im Internet unter www.gegenstandpunkt.com.
Auf den Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des GEGENSTANDPUNKT-Verlags sind *kostenlose Probeexemplare* der Zeitschrift erhältlich.

Die neuste Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort in folgenden Buchhandlungen erhältlich:

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Carolus • Hugendubel • Internationale Buchhandlung Südseite • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bressunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Elwert • Roppel • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube
Einzelpreis 15,00 € 168 Seiten ISSN-Nr. 0941-5831 Gegenstandpunkt-Verlag

Arbeit und Reichtum (I)

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr soviel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht? Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“; und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt; dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Und aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt; was offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung von Arbeit immer häufiger der Fall ist.

Man sollte deswegen auch nicht die Lüge vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäftigung“ einklagen. Die Absurdität des „Systems“, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit *nicht* stattfindet, *wenn* sie *nicht* rentabel ist, sondern dass sie *stattfindet*, *weil* es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden, sondern besteht schon darin, dass sie eine bezahlte *Arbeit brauchen*; dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

Sich das klarzumachen, schafft garantiert keine Arbeitsplätze. Deswegen ein paar Ermunterungen dazu.

Ferner in der Chronik:

Gottlieb-Schönenborn: Wer rettet jetzt den Euro?
Nationalistische Meinungsbildung über die Krisenlage 2012

Griechenland wird vor die Wahl gestellt: Syriza oder Europa
Womit sich eine linke Partei unmöglich macht

„Blockupy“ – Aktionstage in Frankfurt:
Wie Protest demokratisch fertiggemacht wird

Schuld und Sühne im Rechtsstaat:
Rechtsphilosophische Erörterungen zum Breivik-Prozess in Bild und FAZ

Politische Debatte über Werkverträge
Das Parlament als Bühne des Klassenkampfes von oben

Der Fall Timoschenko - eine neue Runde im Kampf mächtiger Nachbarn
um die Zu- und Unterordnung der Ukraine

60 Jahre Bild – die Jubiläumsausgabe:
Das perfekte Medium feiert sich selbst

Fußball-EM in Polen und der Ukraine
Die Produzenten öffentlicher Meinungen inszenieren, besprechen und feiern ihren
aktuellen Bedarf an Nationalismus

ARBEITSKREIS KAPITAL

Karl Marx

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie - Erster Band

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheimer
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K1, K2 oder K3 (im 1. Stock)

Zeit mittwochs um 19 Uhr
die aktuellen Termine werden zeitnah auf
www.farberot.de veröffentlicht

Veranstalter: farbeROT

POLITISCHER DISKUSSIONSKREIS

zu aktuellen Themen des Weltgeschehens
für alle Interessierten

Ort Frankfurt, Studierendenhaus Campus Bockenheimer
(Eingang links neben dem Café KOZ)

Raum K2 (1. Stock)

Zeit donnerstags um 19 Uhr
die aktuellen Termine werden zeitnah auf
www.farberot.de veröffentlicht

Veranstalter: farbeROT & GEGENSTANDPUNKT

Informationen zu weiteren Städten auf
www.gegenstandpunkt.de/jourfixe/jourfixe.html

GEGENSTANDPUNKT im Radio

radio x Frankfurt: FM: 91,8 - Kabel: 99,85 - www.radiox.de
1., 3. und 5. Mo. 15 bis 16 Uhr, Wiederholung Di. 9 bis 10 Uhr

Radio Unerhört Marburg: Antenne: 90,1 - Kabel: 107,25 - www.radio-rum.de
Do. 00:30 Uhr und 13:30 Uhr Fr. 19 bis 20 Uhr, 14-tägig,
Wiederholung Mo. 6 Uhr, Mi. 18:30 Uhr